

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Postfach 71 28 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden des
Europaausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Lehnert, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/6606(neu)

An den
Vorsitzenden des
Wirtschaftsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Christopher Vogt, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

- nur per E-Mail -

21. September 2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei übersende ich Ihnen die Berichtsbögen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union zu den vom Landtag identifizierten landespolitisch bedeutsamen Vorhaben der Europäischen Kommission, soweit das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie betroffen ist und sich neue Sachstände ergeben haben.

Dabei gibt es Aktualisierungen zu folgenden Vorhaben:

aus KOM-Arbeitsprogramm 2013

1. Rahmen für die künftige Hafenpolitik der EU,

aus KOM-Arbeitsprogramm 2015 (LT DRs 18/2812(neu))

2. Integration in den Arbeitsmarkt,
3. Binnenmarktstrategie mit Fokus auf KMU,
4. Handels- und Innovationsstrategie (Freihandelsabkommen),
5. Evaluierung der EU Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände,

sowie Erstberichte zu folgenden Vorhaben:

aus KOM-Arbeitsprogramm 2016 (LT DRs 18/3741)

6. Umsetzung der Strategie für den Digitalen Binnenmarkt,
7. Paket zur Mobilität von Arbeitskräften,
8. Säule sozialer Rechte,
9. Follow-up zur Handels- und Investitionsstrategie,
10. Eignungsprüfung der Rechtsvorschriften über den Seeverkehr,
11. EU Richtlinie Ausübung Freizügigkeit.

Es handelt sich jeweils um die Sachstände am 1. August 2016.

Mit freundlichen Grüßen,

gezeichnet

Reinhard Meyer

Anlage: Sachstände zu landespolitisch bedeutsame EU Vorhaben

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.08.2016

Vorhaben:	Vorschlag der EU-KOM zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste und für die finanzielle Transparenz der Häfen
KOM-Nr.:	COM(2013) 296 final; Ratsdok. 10154/13
BR-Drucksache(n):	439/13
Federführendes Ressort:	MWAVT
Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016	Laufende Abstimmung mit den anderen norddeutschen Küstenländern, u. a. im Rahmen des 5. Hafenentwicklungsdialogs der norddeutschen Küstenländer
Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016	Das Europäische Parlament (EP), der Rat und die Kommission haben sich Ende Juni auf einen Kompromiss zur sog. Hafen-VO, die den Zugang zum Markt für Hafendienste und die finanzielle Transparenz der Häfen regelt, geeinigt. Die Baggerei unterliegt danach den Transparenzvorschriften der VO, wird aber nicht als Hafendienstleistung definiert. Das Kapitel über die Bedingungen des Marktzugangs bezieht sich nur noch auf die Organisation der Hafendienste. Die Ausschreibung von Hafendienstleistungen im EU-Amtsblatt im Falle der Begrenzung der Anbieterzahl ist gestrichen und auf eine allgemeine Verfahrensbeschreibung beschränkt worden. Lotsendienste sind von den Organisationsvorschriften ausgenommen worden. Die Arbeitnehmerrechte (Streikrecht und

	Sozialvorschriften) sind in den Text aufgenommen worden. Nun müssen EP und Rat dem Ergebnis noch zustimmen. Nach Erklärung des EP-Berichterstatters, MdEP Knut Fleckenstein, hängt die Abstimmung im EP davon ab, wie und in welcher Form Investitionen in Häfen als staatliche Beihilfen eingestuft würden. Somit werde das EP erst abstimmen, wenn die KOM einen Entwurf der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-VO (AGVO) vorgelegt habe.
--	--

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.08.2016

Vorhaben:	Förderung der Integration und der Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt (AP der KOM 2015 - Anhang 1, Pkt. 2) 1. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für die Integration langfristig Arbeitsloser 2. Beschäftigungsinitiative für junge Menschen
KOM-Nr.:	1. 2015/0219 (NLE) 2. COM(2015) 46 final
BR-Drucksache(n):	1. --- 2. BR 42/15
Federführendes Ressort:	MWAVT
Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016	Start des 3. Ideenwettbewerbs zur Integration Langzeitarbeitsloser des MWAVT am 6. Juli 2016; Start der neuen Landesmodellprojekte zum 1.1.2017 mit einer Laufzeit von 24 Monaten
Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016	keine

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.08.2016

Vorhaben:	Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen
KOM-Nr.:	COM(2015) 550 final (ersetzt 2011(206) final und 2012(573) final)
BR-Drucksache(n):	509/15
Federführendes Ressort:	MWAVT
Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016	Laufende Begleitung der von EU KOM vorgelegten Einzelvorschläge zur Umsetzung der Binnenmarktstrategie.
Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016	Folgende KOM-Vorschläge beruhen auf dieser Mitteilung: • Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden KOM(2015) 630 – BR-Drs. 207/16 • Zusammenarbeit der Verbraucherschutzbehörden KOM(2016) 283 – BR-Drs. 286/16 • Geoblocking KOM(2016) 289 – BR-Drs. 289/16 sowie diverse Mitteilungen und „staff working documents“: http://eur-lex.europa.eu/search.html?qid=1468505673219&DTS_DOM=ALL&DB_MENTIONING=52015DC0550&type=advanced&lang=de&SUBDOM_INIT=ALL_ALL&DTS_SUBDOM=ALL_ALL

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.08.2016

Vorhaben:	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Handel für alle Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik
KOM-Nr.:	COM (2015) 497 final
BR-Drucksache(n):	BR-Drs.-Nr. 500/15
Federführendes Ressort:	MWAVT
Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016	Beschluss des Bundesrates BR 500/15 (Beschluss)
Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016	Die Europäische Kommission arbeitet die Strategie weiter aus. Zur BR 500/15 (Beschluss) Kommission dankt und sieht der Fortsetzung des Dialogs erwartungsvoll entgegen.

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.08.2016

Vorhaben:	Evaluierung der EU RiLi über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
KOM-Nr.:	D039870/02
BR-Drucksache(n):	Keine (Ursprungsrichtlinie BR Drs 750/98)
Federführendes Ressort:	MWAVT
Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016	Eine Abstimmung mit Bund und Ländern über die Inhalte der Richtlinie und das weitere Vorgehen findet statt.
Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016	Die EU KOM hat am 31. März 2016 den Bericht an das Europäische Parlament und den Rat „REFIT-Evaluierung der Richtlinie 2000/59/EG über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“ vorgelegt. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass in folgenden Bereichen Probleme bestehen: • Verfügbarkeit geeigneter Hafenauffangeinrichtungen • Abgabe von Abfällen bei Hafenauffangeinrichtungen • Verwaltungsaufwand für die Anwendung der Richtlinie Um auf die festgestellten Probleme zu reagieren, beabsichtigt die Kommission gemäß Bericht ein zweistufiges Vorgehen: 1. kurz- bis mittelfristige Reaktion, hauptsächlich in Form von weichen Vorschriften (z. B. eine Überarbeitung des Abfallmeldeformulars), 2. längerfristige Reaktion in Form einer vollständigen Überarbeitung der Richtlinie.

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Stand: 01.08.2016

Vorhaben:	KOM AP 2016 Paket für den digitalen Binnenmarkt sowie Umsetzung der Strategie für den digitalen Binnenmarkt
KOM-Nr.:	COM (2015) 192 final
BR-Drucksache(n):	212/15; 212/15 (B)
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Grundsätzlich ja, aber konkret abhängig von der Vorlage der jeweiligen Rechtsvorschriften.
Federführendes Ressort:	Themenabhängig: MWAVT , StK, MIB, MJKE
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Stärkung des EU-Binnenmarktes für das digitale Zeitalter. Regulierungsbedingte Barrieren sollen beseitigt, die 28 nationalen Märkte zu einem einzigen zusammengeführt werden.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	Digitale Dienste sind sowohl für Unternehmen als auch für die Gesellschaft von Bedeutung.
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	BR Stellungnahme vom am 10. Juli 2015 (BR DRs 212/15 (B)). Die Realisierung der in 2015 veröffentlichten Strategie ist überwiegend bereits erheblich vorangeschritten, es wurden Mitteilungen der KOM, Anhörungen und auch konkrete Richtlinien und Verordnungsvorschläge der EU vorgelegt zu folgenden Themen: – Rechtsetzungsvorschläge für einfache und wirksame grenzübergreifende Vertragsbe- stimmungen für Verbraucher und Unterneh-

	men: – Sektorenuntersuchung des elektronischen Handels, speziell des Online-Handels mit Waren und der Online-Erbringung von Dienstleistungen: – Überprüfung zur Vorbereitung von Rechtsetzungsvorschlägen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking – Rechtsetzungsvorschläge für eine Reform des Urheberrechts: – Überprüfung der Satelliten- und Kabelrichtlinie: – Überprüfung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz: – Rechtsetzungsvorschläge zur Verringerung des Verwaltungsaufwands der Unternehmen, der sich aus unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen ergibt: – Maßnahmen auf dem Gebiet der Paketzustellung: – Umfassende Analyse der Rolle der Plattformen auf dem Markt, einschließlich der illegalen Inhalte im Internet: – Überprüfung der bestehenden Telekommunikationsvorschriften: – Vorschläge zur Modernisierung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste: – Schaffung einer vertraglichen öffentlich-privaten Partnerschaft für Cybersicherheit: – Überprüfung der e-Datenschutzrichtlinie: – Aufstellung eines Plans mit den Prioritäten für die IKT-Normung: – Erweiterung des Europäischen Interoperabilitätsrahmens für öffentliche Dienste:
--	--

	– Initiativen zu Dateneigentum, freiem Datenfluss (z. B. zwischen Cloud-Anbieter) – Neuer E-Government-Aktionsplan (2016 – 2020) – Kompetenz- und Fortbildungsinitiativen zur Förderung digitaler Kompetenzen und Qualifikationen – Förderung der Digitalisierung der Industrie
Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):	Weitergehend nicht konkret benennbar

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

Stand: 01.08.2016

Vorhaben:	KOM AP 2016 Mobilität von Arbeitskräften; insbesondere Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte
KOM-Nr.:	COM(2014) 6 final COMK (2015) 610 final
BR-Drucksache(n):	14/14 zu 14/14 14/14 (B) Beschluss
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Das Subsidiaritätsprinzip wird nicht verletzt.
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Der Pakt der Kommission zur Mobilität von Arbeitskräften besteht aus – einer Mitteilung über die Mobilität von Arbeitskräften – einer gezielten Überarbeitung der sogenannten Entsende-Richtlinie (Richtlinie 96/71/EG) und – der Überarbeitung von VO über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Punkt 1) wurde bereits mit dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung über den Zugang der Arbeitskräfte zu die Beschäftigungsmobilität innerhalb der EU fördernden Diensten verbessert. Damit wurde die Mobilität unter fairen Bedingungen und ein besserer Zugang zu Beschäftigungschancen in der gesamten Union ermöglicht.

	Punkt 2) und 3) unterliegen einer eigenständigen Regelung.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	Die VO regelt neben Begriffsbestimmungen die Einrichtung eines EURES-Netzes sowie spezifische Maßnahmen zu Transparenz und automatischem Abgleich von grenzüberschreitenden Stellenangeboten und –gesuchen <u>auf Bundesebene</u>. Darüber hinaus enthält die VO die spezifischen Bestimmungen zu „Mainstreaming“ und Unterstützungsleistungen sowie Regelungen zum Informationsaustausch. Die einzelnen Maßnahmen der VO sind eng miteinander verflochten. Sie verstärken sich gegenseitig und sollen zusammen das EURES-Netz zum bevorzugten Instrument für Arbeitsuchende und Arbeitgeber machen, die an grenzüberschreitender Arbeitskräftemobilität in der EU interessiert sind. SH hatte die Initiative der EU-Kommission zur Neugestaltung eines verbesserten Dienstleistungsangebots von EURES bereits 2014 unterstützt.
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	Zu Punkt 1) Landtag SH: 25. EUA: 02.04.2014 – Kenntnisnahme. Bundesrat: 14.03.2014 – Beschluss/ Stellungnahme Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat sich am 02.12.2015 mit dem EP über die Wiedereinrichtung und Neuordnung des bestehenden EURES-Netzes verständigt.
Wichtige Zeitpunkte und Termine (so weit bekannt):	Keine; das Vorhaben zur Mobilität von Arbeitskräften ist durch die Neuordnung des EURES-Netzwerkes abgeschlossen.

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

Stand: 01.08.2016

Vorhaben:	KOM AP 2016 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte (Säule)
KOM-Nr.:	COM(2016) 127 final
BR-Drucksache(n):	111/16
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Nach erster Einschätzung liegen keine Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vor.
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Mit der Säule soll eine Reihe wesentlicher Grundsätze zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme festgelegt werden.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	Unterstützung der landespolitischen Bemühungen um die Durchsetzung des Prinzips der Guten Arbeit
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	Ziel der von der EU-KOM am 8. März 2016 gestarteten Konsultation ist es, eine Bestandsaufnahme des gegenwärtigen sozialen „Acquis“ der EU vorzunehmen, Überlegungen zu neuen Trends bei den Arbeitsmustern und in der Gesellschaft anzustellen und Meinungen und Feedback zum ersten, vorläufigen Entwurf der Säule einzuholen.

	Der Säulen-Entwurf der EU-KOM beinhaltet wesentliche Grundsätze in zwanzig Bereichen, die in drei Schwerpunktbereiche (Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie angemessener und nachhaltiger Sozialschutz) gegliedert sind. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die endgültige Ausgestaltung der Säule einfließen und dazu beitragen, den Umfang zukünftiger Maßnahmen abzustecken, wo dies notwendig ist. Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 17. Juni 2016 (BR Drs 116/16 (B)) das Ziel der Kommission unterstützt, gemäß dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, die soziale Dimension der EU sichtbarer zu machen. Er begrüßt darüber hinaus die mit der Europäischen Säule sozialer Rechte angestrebte soziale Aufwärtskonvergenz. Darüber hinaus hat sich der Bundesrat in seiner insgesamt 25-ziffrigen Stellungnahme dezidiert zu einzelnen Aspekten des Säulen-Entwurfs der EU-KOM eingelassen.
Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):	Die Konsultation läuft bis zum 31. Dezember 2016. Die Vorlage einer konsolidierten Fassung der europäischen Säule sozialer Rechte ist für Frühjahr 2017 geplant.

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

Stand: 01.08.2016

Vorhaben:	KOM AP 2016 Follow-up zur Handels und Investitionsstrategie
KOM-Nr.:	
BR-Drucksache(n):	
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Nach erster Einschätzung eingehalten
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Fortsetzung der TTIP Verhandlungen mit den USA durch die Kommission, Fortschritte auf WTO Ebene und Umsetzung von Wirtschaftspartner-abkommen
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	bedeutsam für SH Handels- und Wirtschaftspolitikpolitik
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	laufende Verhandlungen auf EU / USA Ebene, laufende politische Diskussion über Positionierung auf nationaler und regionaler Ebene
Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):	Noch nicht vorhersehbar

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

Stand: 01.08.2016

Vorhaben:	KOM AP 2016 Eignungsprüfung der Rechtsvorschriften über den Seeverkehr
KOM-Nr.:	COM(2015) 610 final
BR-Drucksache(n):	Liegt nicht vor
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Keine Bedenken
Federführendes Ressort:	MWAVT in Abstimmung mit MIB
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Die Eignungsprüfung wird die Rechtsvorschriften über die Verantwortlichkeiten der Flaggenstaaten, die Hafenstaatkontrolle und das Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr sowie die Richtlinie über Meldeformalitäten umfassen.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	Keine Aspekte für den Bereich Flaggenstaaten und Hafenstaatkontrollen. Ausführung durch Bundesbehörden. Meldevorschriften: SH ist durch die Umsetzung der Richtlinie über die Meldeformalitäten gem. EU-Richtlinien (RL 2000/59; 2002/59 und 2010/65) in den Prozess eingebunden.
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	Meldevorschriften gem. EU-RL 2010/65 in SH seit 01.01.2016 gültig (Anpassung hafenrechtlicher Verordnungen). Der Prozess der Anpassung von Geschäftsregeln der Seeverkehrswirtschaft zur Gewährleistung der Meldeinformationen wird regelmäßig überprüft und wenn erforderlich entsprechend angepasst.

Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):	Nicht bekannt
--	---------------

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

Stand: 01.08.2016

Vorhaben:	KOM AP 2016 Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen
KOM-Nr.:	EU Richtlinie 2014/54/EU
BR-Drucksache(n):	--
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Keine Bedenken
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Die EU Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Strukturen bzw. Stellen für die Förderung, Analyse, Überwachung und Unterstützung der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der EU sowie ihrer Familienangehörigen zu etablieren.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	Beschäftigungspolitik
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	Die Umsetzung der Richtlinie ist auf Bundesebene durch Errichtung der „Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer“ bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration erfolgt. Die Bekanntmachung der Umsetzung wurde im Bundesanzeiger veröffentlicht (BANZ AT 27.05.2016 B2).
Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):	entfällt